

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/116

22. Juni 1977

"Lebenslang" ist keine Eliminierungsstrafe mehr

Gerichtliche Aussetzungsmöglichkeiten bedeuten keine Abschaffung

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums
Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Die "Drei an der Spitze"

Wir brauchen bei Rollenkonflikten weder Sieger noch Besiegte

Von Dietrich Sperling MdB
Seite 3 / 40 Zeilen

Das verantwortungslose CDU/CSU-Spiel mit der Sicherheitspolitik

Verteidigungspolitik wird in Sonthofener Konflikt-Strategie miteinbezogen

Von Erwin Horn MdB
Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion
Seite 4 und 5 / 61 Zeilen

Dr. Wörners zwiespältige Methoden

Von Werner Buchstaller MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 6 bis 8 / 136 Zeilen

Die Kontinuität wurde stabilisiert

Rückblick auf den schleswig-holsteinischen SPD-Landespartei-tag

Von Günther Jansen
Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein
Seite 9 / 34 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Friedrichsberg 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 99 30/32
Telex: 93 99 949-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

"Lebenslang" ist keine Eliminierungsstrafe mehr

Gerichtliche Aussetzungsmöglichkeiten bedeuten keine Abschaffung

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

Gestern hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe in einem Urteil die Verfassungsmäßigkeit der lebenslangen Freiheitsstrafe bestätigt: Als schuldangemessene Antwort auf schwerstes Verbrechen ist dieses Strafmaß auch von der Bundesregierung stets für unverzichtbar gehalten worden.

Zugleich hat das Bundesverfassungsgericht meine Auffassung bestätigt, daß durch Gesetz den Gerichten die Prüfung übertragen werden sollte, ob der Rest einer lebenslangen Freiheitsstrafe dann bedingt ausgesetzt werden kann, wenn eine bestimmte Mindestzeit der Strafe verbüßt worden ist.

Erneut will ich deshalb unterstreichen, daß die lebenslange Freiheitsstrafe keine Eliminierungsstrafe mehr ist: Einer der Strafzwecke ist auch bei dieser Strafe der Versuch der Resozialisierung. Daher entfällt der Grund, sie noch länger von der allgemeinen Aussetzungsvorschrift auszunehmen. Dieser Gedanke ist in Deutschland nicht neu. Eine entsprechende EntschlieÙung hat auch das Ministerkomitee des Europarates 1976 gefaÙt. Andere Staaten wie Belgien und Österreich, die Schweiz und Großbritannien haben diesen Gedanken - zum Teil schon seit Jahrzehnten - verwirklicht.

Zur Zeit wird in meinem Haus an einem entsprechenden Gesetzentwurf gearbeitet. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Juni 1977 wird deshalb im einzelnen sorgfältig geprüft und ausgewertet. Schon die bisherige Arbeit meines Hauses war auf den heftigsten Widerstand der CDU/CSU gestoÙen. Was jetzt das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil bestätigt und sogar gefordert hat, wurde von der Opposition noch vor kurzem als "verhängnisvoll" und "als Hohn" verworfen. Von "reiner Augenwischerei" war die Rede und auch davon, daß es zu einer "schematisierten Aussetzung" und damit zur "Abschaffung" der lebenslangen Freiheitsstrafe komme.

Diese Vorwürfe erweisen sich gerade angesichts des Karlsruher Urteilspruchs als haltlos, maßlos überzogen und deshalb peinlich. Es war ein erneu-

ter untauglicher Versuch, einen Verfassungsauftrag durch Angstmache zu verhindern.

Die Initiative hingegen, die ich noch in dieser Legislaturperiode ergreifen will, wird voll dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts entsprechen. Drei Grundgedanken werden dem beabsichtigten Gesetzentwurf zugrunde liegen:

- 1/ Die gerichtliche Aussetzungsmöglichkeit für die lebenslange Freiheitsstrafe einführen - Ich denke hier an eine Überprüfung nach 15 Jahren - heißt nicht, diese Strafe abzuschaffen. Das Strafgesetz soll auch weiterhin für bestimmte schwere Verbrechen die lebenslange Freiheitsstrafe androhen, die Gerichte sollen sie auch weiterhin aussprechen können. Auch kann der Schutz der Allgemeinheit, die Schwere der Schuld oder die Verteidigung der Rechtsordnung die Vollstreckung der Strafe über den genannten Zeitpunkt hinaus gebieten.
- 2/ Der zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilte hat ein Recht auf Besserung. Das ist nicht mehr bestritten. Das neue Strafvollzugsgesetz vom 1. Januar 1977 verlangt und gewährleistet, daß jeder Gefangene im Vollzug auf das Ziel zugeführt wird, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.
- 3/ Das Gesetz muß deshalb eine Antwort auf die Frage bereithalten, was geschehen soll, wenn der Verurteilte einen schuldangemessenen Teil der Strafe verbüßt und das Vollzugsziel erreicht hat. Die Strafzeit, nach welcher eine Entlassung zur Bewährung frühestens in Betracht kommt, ist im Einklang mit dem übrigen Strafsystem gesetzlich festzulegen.

Das Gnadenrecht der Länder wird übrigens dadurch nicht abgeschafft. Es wird ebenso wie bei den zeitigen Freiheitsstrafen neben der Aussetzungsmöglichkeit für ganz ungewöhnliche Fälle auch bei der lebenslangen Freiheitsstrafe bestehen bleiben.

(-/22.6.1977/vo-he/gat)

+ + +

Die "Drei an der Spitze"

Wir brauchen bei Rollenkonflikten weder Sieger noch Besiegte

Von Dietrich Sperling MdB

248 zu 247 bei drei Enthaltungen, das war das Ergebnis der Abstimmung über das Steuerpaket. Fünf abweichende Stimmen von SPD-Abgeordneten ließen den Medienwald rauschen und flimmern. 253 zu 243 lautet das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen zum Kanzleramtshaushalt eine Woche später. Nun rauscht und flimmert der Medienwald über Blitz und Donner innerhalb der SPD-Führungsspitze.

In der Darstellung nach draußen gerät der Meinungsstreit in der SPD und ihrer Fraktion gar zu leicht zum Drama zwischen hellen und dunklen Charakteren. Dabei wäre eine Rollenanalyse dem Sachverhalt angemessener und die Frage angebracht, ob die "Drei an der Spitze" Solidarität aus Haltung und Überzeugung gegeneinander üben - und nicht einfach Konformitätsdruck nachgeben.

Es ist die Aufgabe des Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner, seine Mannschaft "zusammenzuhalten". Das tut er nicht als Drahtzieher, der seine Puppen tanzen oder stillstehen läßt, sondern als streibar Diskussionsleiter, der Überzeugung und Einsicht wirken lassen möchte und nicht opportunes Herumtaktieren.

Willy Brandt hingegen muß dafür sorgen, daß die SPD als Partei ihre Kompromißfähigkeit in sich wahrt und sich in ihr ablaufende politische Willensbildung in kritischer Solidarität aller mit allen vollzieht. Was dabei in den "Baumkronen der Fraktion" gelegentlich als sanfter Wind weht, kann an den "Graswurzeln der Parteibasis" jedoch auch tüchtiger Sturm sein. Beim Punkt Senkung der Vermögenssteuer jedenfalls grummelt es an der Basis stärker als es die Fraktion trotz abweichenden Abstimmens von fünf Abgeordneten deutlich werden ließ - obwohl die Fraktion das Grummeln spürt.

Der Parteivorsitzende Brandt muß seine Aufmerksamkeit darauf richten, daß Partei und Fraktion wenigstens in Harmonie bleiben, wenn totaler Gleichklang aus vielen Gründen schon nicht möglich ist.

Helmut Schmidt schließlich hat die Koalitionsabsprachen zwischen SPD und FDP in Regierungshandeln umzusetzen. Dabei ist feste Überzeugung für erreichte Kompromisse gefragt und geboten.

Weder Fraktion noch Partei brauchen nun bei Rollenkonflikten Sieger und Besiegte in der Führungsspitze. Jeder Wettbewerb, wer wann wo wie mehr Loyalität und Respekt bewirkt hat, ist unsinnig. In der "Werkstatt des Parlaments" gibt der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner, Willy Brandt und Helmut Schmidt den vollen Spielraum, ihren jeweiligen Rollen gerecht zu werden. Aber er nimmt auch die Aufgabe ernst, die Fraktion der SPD so zu führen, daß jeder einzelne Abgeordnete seine eigene Pflicht gegenüber Wählern und Regierung erfüllt. Bei knappen Mehrheiten in einer Koalition bei widrigem Wetter ist das die undankbarste Aufgabe. Herbert Wehner macht sie sich nur dadurch noch schwerer, daß er für seine Person gar keinen Dank will.

(-/22.6.1977/vo-he/gat)

Das verantwortungslose CDU/CSU-Spiel mit der Sicherheitspolitik

Verteidigungspolitik wird in Sonthofener Konflikt-Strategie mitelnbezogen

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Die Entscheidung der CDU/CSU, den Verteidigungshaushalt abzulehnen, muß aus staatspolitischen Gründen abgelehnt werden. Die Mehrheit der Sozialdemokraten gaben dem Verteidigungshaushalt schon ihre Stimme unter CDU-Verteidigungsministern. Dazu dokumentierte sich im Sinne des angelsächsischen Demokratieverständnisses ein Stück nationaler Gemeinsamkeit, das man nicht ohne Not aufgibt.

Auch die CDU hat Verteidigungsminister Leber und seiner bisherigen Haushaltspolitik immer Respekt gezollt. Die Ablehnung des Verteidigungshaushaltes durch die Oppositionsparteien war deshalb überraschend, weil sie in den beiden zuständigen Ausschüssen - im Verteidigungsausschuß und im Haushaltsausschuß - dem Verteidigungshaushalt voll inhaltlich zustimmte. Die CDU/CSU-Fraktion hat im zuständigen Fachausschuß jeden Titel des Einzelplanes 14 gebilligt. Sie hat nicht einen substantiellen Abänderungsantrag gestellt. Dennoch plädiert sie neuerdings für die Ablehnung des Verteidigungshaushaltes, das heißt, die CDU geht nach dem Motto vor: Die Politik des sozialdemokratischen Verteidigungsministers Leber ist sachlich unanfechtbar, die Politik ist gut, aber der Mann, der sie zu verantworten hat, muß weg.

Die Einwände der CDU/CSU mit dem KDV-Gesetz sind geradezu hirnrissig. Auch bei diesem Gesetz wird die allgemeine Wehrpflicht in keiner Weise angetastet, obwohl beispielsweise Demokratien wie England oder die Vereinigten Staaten von Amerika keine allgemeine Wehrpflicht kennen und bei gleicher oder noch höherer wehrpolitischer Verantwortung daraus nicht die abenteuerliche Schlußfolgerung wie die CDU/CSU ziehen, daß dadurch die Fähigkeit des westlichen Bündnissystems der Verteidigung unserer Freiheit eingeschränkt oder gemindert ist.

Die Ablehnung des Verteidigungshaushaltes durch die CDU/CSU-Fraktion erfolgt gegen den Willen der CDU/CSU-Mitglieder des Verteidigungsausschusses.

Die Auseinandersetzung um den Verteidigungshaushalt ist das Ergebnis der Streitigkeiten zwischen CDU und CSU um den Kurs der künftigen deutschen Politik. Was die sogenannten C-Parteien unter dem KDVG-Gesetz verbergen wollen, ist nichts anderes als das Ergebnis einer folgenreichen Auseinandersetzung der Unions-Parteien in der Sicherheitspolitik.

In die totale Sonthofener Konflikt-Strategie von Franz Josef Strauß wird auch die Verteidigungspolitik miteinbezogen. So behauptet der CDU-Generalsekretär von Baden-Württemberg, Brigadegeneral a.D. Wolfgang Schall, in "Epoche" 4, 1977, unter anderem, die SPD/FDP-Koalition habe folgendes vorgenommen: die Besetzung aller Schlüsselpositionen insbesondere der Kommandeurs-, Generalstabs- und ministerialen Stellen mit wenigen treuen Sozialisten oder fügsamen SPD-Opportunisten. Dies ist die politische Philosophie der CDU, die ich ihr unwidersprochen im Verteidigungsausschuß vorgehalten habe. Eine legal sozialdemokratisch gewählte Regierung muß denunziert und sabotiert werden. Es ist die Vernichtungs-Philosophie, die loyale Mitarbeiter der Regierung im Ministerium und in anderen Bereichen verleumdet und die zur offenen Sabotage gegenüber einer demokratisch gewählten Regierung aufruft.

Die Ablehnung des Verteidigungshaushaltes durch die CDU/CSU erfolgt aus verschiedenen Gründen: 1/ Die CDU hat sich der totalen Konflikt-Strategie unterworfen. Obwohl Wörner und seine Kollegen im Verteidigungsausschuß intensiv darum gerungen haben, aus Gründen der Glaubwürdigkeit dem Verteidigungshaushalt zuzustimmen, wurden sie von der Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion überstimmt. 2/ Helmut Kohl macht sich besonders stark als Befürworter der Ablehnung des Verteidigungshaushaltes. Die Ahnungslosigkeit des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion in Angelegenheiten der Sicherheitspolitik ist kaum zu übertreffen, dennoch hat er sich für die Ablehnung des Verteidigungshaushaltes stark gemacht. Der schwache Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion wollte in dieser Angelegenheit stark erscheinen.

Die CDU/CSU treibt ein verantwortungsloses Spiel mit der deutschen Sicherheitspolitik. Die Soldaten der Bundeswehr und die deutsche Bevölkerung werden kein Verständnis dafür haben. Georg Leber ist für sie der Garant für eine zuverlässige Sicherheitspolitik. Entspannungsbestrebungen und aktive Friedenspolitik ergänzen sich beiderseits. Die Agitationen der CDU/CSU sind geradezu anachronistisch.

(-/22.6.1977/vo-he/lo)

* * *

Dr. Wörners zwiespältige Methoden

Von Werner Buchstaller MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Als Dr. Manfred Wörner 1965 in den Deutschen Bundestag einzog, war die Welt für die CDU/CSU noch einigermaßen in Ordnung. Wirtschaftswunderprofessor Erhard war Bundeskanzler, der affärenbeladene CSU-Politiker Dr. Zimmermann wurde Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und Dr. Kiesling wurde in seinem Amt als Obmann der CDU/CSU im Verteidigungsausschuß und verteidigungspolitischer Sprecher seiner Fraktion bestätigt. Kurze Zeit später sah die bundespolitische Landschaft schon bedeutend anders aus. Rezession, Demonstrationen, Streiks, Studentenunruhen, schwarze Fahnen im Ruhrgebiet und steigende NPD-Wählerzahlen. Es kam zur Großen Koalition.

Dr. Wörner, dessen leidenschaftliches parteipolitisches Engagement im Gegensatz zu seinem politischen Erfahrungsschatz stand, mußte miterleben, daß sein Landesvater aus Stuttgart, mit dem er noch vor Monaten gemeinsam den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt verketzerte und verteufelte, als Bundeskanzler den gleichen Mann als seinen Stellvertreter und Außenminister der Bundesrepublik Deutschland berief. Die Regierungserklärung Dr. Kiesingers gehört für Dr. Wörner sicherlich zu den Schriftstücken, die nachzulesen verpönt sind.

Fraktionsintern mußte er die Erfahrung machen, wie schwer der Weg von der Hinterbank in die vorderen Reihen ist. Die CDU-Verteidigungsminister dieser Zeit, von Hassel und Dr. Schröder, hatten keine besondere Aufgabe für ihn, CSU-Zimmermann hielt den Vorsitz im Verteidigungsausschuß bis 1972 fest in seiner Hand, und als Nachfolger von Dr. Kiesling zogen die Kollegen Rommerskirchen und Dr. Klepsch als Obleute und Sprecher der CDU/CSU-Fraktion für Verteidigungsfragen an ihm vorbei. Mühsam mußte sich Dr. Wörner die Startlöcher für seine politische und militärische Karriere graben.

Politisch avancierte er zum Lieblingskind des neuen Landesvaters seines Heimatlandes Baden-Württemberg, Filbinger, und bekam dadurch eine entsprechende Hausmacht, die ihn zeitweilig in den Vorstand seiner Fraktion brachte. Im Gegensatz zu dem "nichtgedienten" Dr. Klepsch, den er 1972 als Obmann und verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion ablöste und der versäumt hatte, sich vom "Nichtgedienten" zu einem Offiziersdienstgrad d.R. der Bundeswehr hochzuüben, entschied er sich als ebenfalls "Nichtgedienter" neben der politischen auch für eine militärische Karriere. Er schloß sich der Elitetruppe der deutschen Streitkräfte an und ließ sich von der Bundeswehr und auf Kosten des Verteidigungshaushalts zum Jetpiloten ausbilden. Er, der in einem Interview erklärte, am Steuerknüppel einer Luftwaffenmaschine würde er sich am besten von den Strapazen der Politik erholen, erflog sich im Laufe der Zeit den Dienstgrad eines Oberstleutnants d.R. der Bundeswehr.

Seine große Stunde kam aber erst kurz vor der Bundestagswahl 1976, als er mit Zustimmung des CSU-Vorsitzenden vom Kanzlerkandidaten Helmut Kohl als Anwärter

auf den Stuhl des Verteidigungsministers in die "Regierungsmannschaft" aufgenommen wurde. Nach dem Ausgang der Bundestagswahl und den Koalitionsverhandlungen wurde, wie bekannt, Dr. Kohl kein Bundeskanzler und Dr. Wörner zu seinem eigenen Leidwesen, zum Leidwesen der CDU/CSU-Fraktion und vieler führender Militärs und Ministerialbeamter auf der Hardthöhe, kein Verteidigungsminister.

Nach der neuen Zusammensetzung des Bundestages begann das große Gerangel um die Zahl und Zusammensetzung der Ausschüsse und die Zuteilung der Vorsitzendenpositionen. CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführer Dr. Jenninger erkämpfte dabei unter anderem auch den Vorsitz im Verteidigungsausschuß für seine Fraktion. Damit stellte er seinen Busenfreund Dr. Wörner vor eine schwierige Entscheidung: Sollte er sich für das vom Parlament zu vergebende Amt des Ausschußvorsitzenden oder aber für die von der Fraktion zu vergebende Aufgabe als verteidigungspolitischer Sprecher der Opposition entscheiden? Seinem Naturell, seiner Art und seiner bewährten Ellenbogenpolitik entsprechend entschied er sich, beides zu machen. Für diese Entscheidung mußten natürlich stabile Grundlagen geschaffen werden. Und das vollzog sich in zwei Etappen.

Erster Teil: Verstärkung und "Bereinigung" des Sekretariats des Verteidigungsausschusses. Was Dr. Wörner in diesem Bereich in wenigen Tagen und Wochen erreicht hat, muß sogar CSU-Zimmermann vor Neid erblassen lassen. Von den zwei sozialdemokratischen Ausschußvorsitzenden der 7. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ganz zu schweigen. Der Mann, der nicht müde wird, Verteidigungsminister Georg Leber gegen alle Tatsachen und wahrscheinlich auch gegen seine innere Überzeugung einer parteipolitisch orientierten Personalpolitik zu bezichtigen, schaffte für seinen neuen Machtbereich klare parteipolitische Verhältnisse. Der bisherige Ausschußsekretär, der Mitglied der SPD ist, wurde sofort durch einen CDU-Mann ersetzt. Zusätzlich zu diesem Ministerialrat und Wörner-Vertrauten wurde ein Regierungsdirektor, der der CDU angehört, ins Ausschußbüro berufen. Ein Oberamtsrat und eine Sachbearbeiterin durften bleiben: Sie waren schon immer Mitglied der CDU. An seinem sozialdemokratischen Vorgänger gemessen sieht das parteipolitische Verhältnis im Sekretariat des Verteidigungsausschusses so aus: Vor der Amtsübernahme durch Dr. Wörner gehörte ein Mitarbeiter der SPD, zwei Mitarbeiter der CDU an, eine weitere Mitarbeiterin war parteilos (insgesamt vier). Jetzt sind es fünf Mitarbeiter, alle gehören der CDU an. Damit hat sich Dr. Wörner natürlich auch gegenüber eventuellen Konkurrenten aus der eigenen Fraktion einen maßgeblichen Machtapparat geschaffen.

Zweiter Teil: Zementierung seiner Doppelrolle. Natürlich mußte die CDU/CSU-Fraktion einen Obmann für den Verteidigungsausschuß benennen. Die Wahl fiel auf den ehemaligen Bundesgeschäftsführer der CDU, Dr. Kraske. Für Dr. Wörner ging es jetzt darum, klarzumachen, daß nicht, wie früher, der Obmann im Verteidigungsausschuß zugleich verteidigungspolitischer Sprecher der Opposition ist. In allen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Debatten im 8. Deutschen Bundestag produzierte sich Dr. Wörner in dieser Rolle. Dr. Kraske kam ein einziges Mal zu einem Sachthema ans Rednerpult des Bundestages. Der Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion gab den Wortlaut der Rede Dr. Wörners, die er am 4. Juni 1977 in Edinburgh vor führenden christlich-demokratischen und konservativen Politikern Westeuropas hielt, mit folgendem Vorspann an die Presse weiter: "Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU und Vor-

sitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages nimmt zu... Stellung". Wer aber trotzdem noch nicht von der Doppelrolle Dr. Wörners und der Tatsache, daß der CDU/CSU-Obmann Dr. Kraske nur für die Kleinarbeit im Ausschuß und die Präsenz der Wörner-Mannschaft zuständig ist, überzeugt war, mußte es spätestens bei der gemeinsamen Sitzung des Verkehrs- und des Verteidigungsausschusses über die Sicherheitsfragen im zu engen Luftraum der Bundesrepublik Deutschland erkennen.

Wenn zwei oder mehrere Ausschüsse des Bundestages gemeinsame Sitzungen durchführen, sind die Vorsitzenden der Fachausschüsse Leiter der Sitzung und machen unter sich aus, wer den Vorsitz ständig oder abwechselnd führt. Auf dieser Sitzung erklärte der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Lemmrich (CDU), daß Dr. Wörner nicht in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, sondern als Oppositionsvertreter anwesend sei. Er nahm deshalb auch nicht am Vorstandstisch, sondern an der Spitze der Oppositionsriege Platz. Wenn man die Zeit, die die Regierungsvertreter und Fachleute brauchten, um die vielen Detailfragen in der Aufteilung des Luftraumes zwischen ziviler Luftfahrt, der Luftwaffe, den alliierten Luftstreitkräften und den Sport- und Segelfliegern zu regeln, abzieht, nahm dann auch Dr. Wörner ein Viertel der Zeit der viereinhalbstündigen Debatte in Anspruch. Peinlich wurde die demonstrierte Doppelrolle Wörners, als der Vorsitzende Lemmrich während der Sitzung zu einem Pressegespräch mußte und der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses nicht bereit war, seine Oppositionsrolle abzugeben und die Sitzungsleitung zu übernehmen. Hätte nicht der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses die Sitzung weitergeführt, hätte sie unterbrochen werden müssen. Mit dieser Haltung unterstrich Dr. Wörner, daß alleine er bestimmt, in welcher Eigenschaft er was sagt, schreibt oder leitet. Neben vielen anderen Punkten ist das auch eine Frage des politischen Stils und des Protokolls, und gerade auf letzteres legt ja Dr. Wörner ansonsten so großen Wert.

Es ist das Schicksal all derer, die zu viel und zu oft reden, daß sie auch danebentapsen. Dies widerfuhr auch Dr. Wörner in dieser Sitzung. Nicht in der Sache - aber er begann plötzlich über seine Strategie zu plaudern. "Herr Ruhnau", sagte er sinngemäß zum Staatssekretär des Verkehrsministeriums, "wir sind ja beide alte parlamentarische Hasen und wir wissen, wie man sowas macht. Man nimmt das Argument des Gegenspielers auf, verzerrt es ins Extreme, macht daraus einen Popanz und auf den schlägt man dann ein". Das war die einzige Bemerkung, auf die Staatssekretär Ruhnau nicht einging. Die Neuen im Bundestag schwiegen oder lernten von der preisgegebenen parlamentarischen "Weisheit". Die "alten Hasen" erkannten Dr. Wörner, wie er immer war. Er braucht stets einen Popanz, auf den er einschlagen kann. Einmal sind es einzelne SPD-Abgeordnete, dann sind es die "Linken", und mit Beginn der 8. Legislaturperiode ist es Verteidigungsminister Georg Leber. Dabei ist ihm jede Stütze recht - vom rechtsradikalen Kriegshelden Rudel bis zum notorisch querulanten General Wagemann.

Morgen, wenn es im Plenum um die Verabschiedung des Verteidigungshaushalts geht, werden wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Dr. Wörner wieder erleben dürfen. Dabei hat er ein Problem zu lösen: Soll er, der auf der Wartebank zur Ablösung von Georg Leber sitzt, für den Verteidigungsetat stimmen, den er mit seiner Mannschaft im Verteidigungsausschuß in allen Kapiteln und insgesamt genau so zugestimmt hat wie die Koalitionsfraktionen, oder soll er gegen seine eigene Überzeugung auf Druck der CSU dagegen stimmen, um Ministerkandidat bleiben zu können?
(-/22.6.1977/ks/gat)

+ + +

Die Kontinuität wurde stabilisiert

Rückblick auf den schleswig-holsteinischen SPD-Landesparteitag

Von Günther Jansen

Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein

Es war der längste und arbeitsreichste Parteitag in der Geschichte der schleswig-holsteinischen SPD. Trotz des Sperrfeuers eines Teils der veröffentlichten Meinung standen nicht die notwendigen personellen Entscheidungen, sondern die sachpolitischen Positionen der SPD im nördlichsten Bundesland im Mittelpunkt der dreitägigen Beratungen: Europa, Energie, Arbeitsmarktprobleme und - wegen der Kommunalwahl im kommenden Jahr nicht zuletzt - Kommunalpolitik waren die beherrschenden Themen. Dabei wurden die Positionen der schleswig-holsteinischen SPD von den Delegierten kritisch diskutiert und in Beschlüssen des Parteitages schließlich festgeschrieben.

Es sind dies im Einzelnen:

Europa-Politik: Wichtig sind erweiterte Kompetenzen für das künftig direkt zu wählende Europaparlament. Ohne Vorurteile muß geprüft werden, mit welchen Kräften das angestrebte Ziel eines sozialistischen Europas erreicht werden kann. Im Hinblick auf den sogenannten Eurokommunismus sollte gelten: Forderungen im Aktionsprogramm der Parteien des demokratischen Sozialismus werden weder deshalb unsinnig, weil sie auch von der kommunistischen Partei in Italien oder Frankreich erhoben werden, noch weil sie etwa in den Aussagen christlicher Parteien zu finden sind.

Energie-Politik: Der Parteitag hat die bekannte Haltung der schleswig-holsteinischen Partei erneut bestätigt. Sie läuft auf einen politisch begründeten Baustopp für neue Kernkraftwerke hinaus.

Arbeitsmarktpolitik: Die überfällige Gleichbehandlung der Frauen im Arbeitsleben war ein Kernpunkt der Diskussionen. Wegen Zeitmangels, aber auch mit Rücksicht auf die Bedeutung und Aktualität des Themas wurden ausführliche Beratungen auf einem Sonderparteitag beschlossen, der nun am 17. September dieses Jahres stattfinden soll.

Kommunalpolitik: In Vorbereitung der im Frühjahr 1978 stattfindenden Kommunalwahl in Schleswig-Holstein beschloß der Parteitag kommunalpolitische Grundsätze, in denen eine konkretere Bürgerbeteiligung die Eckpfeiler darstellen.

In einer Gesamtbewertung bleibt festzustellen: Die Positionen der schleswig-holsteinischen SPD wurden in linker Kontinuität fortgeschrieben. Aufgabe des neuen Landesvorstandes wird es sein, für diese Positionen politische Mehrheiten in der Bundespartei und in der Bevölkerung mobilisieren.

(-/22.6.1977/vo-he/ca)